

Diskussionsgrundlage zum Mitgliederentscheid

Eine Frage vorweg:

Warum brauchen wir diesen Mitgliederentscheid gerade jetzt so eilig und dringend, obwohl wir an einem Parteiprogramm arbeiten? Jeder hatte die Möglichkeit, durch Unterzeichnung einer ihm passenden Resolution seine Meinung zum Ausdruck zu bringen (gibt es eigentlich schon Zahlen der Unterzeichner?). Alles andere könnten die Programmausschüsse erledigen!

Text des Mitgliederentscheids:

Ich stimme den nachfolgend genannten Thesen zu und möchte, dass diese für die politische Arbeit der AfD verbindlich sind.

Ja Nein

Warum werden die Thesen nicht einzeln abgefragt? Wenn man wirklich Interesse an der Meinung der Mitglieder hätte, müsste man dies tun. Oder will man Kröten in einem großen Brei unterrühren?

Politische Festlegungen der AfD

Der Mitgliederentscheid widerspricht lt. Ipsen-Gutachten nicht der Satzung. Auf Seite 16 des Gutachtens steht: „Den Thesen kommt auch kein programmsetzender oder -ergänzender Charakter zu.“

Frage: Was sind „politische Festlegungen der AfD“ dann?

Bekanntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Die AfD lehnt Fundamentalkritik an unserem Staat, unserer Gesellschaft oder unserem Wirtschaftssystem ab. Wir üben sachliche Kritik an einzelnen Fehlentwicklungen, bejahen aber eindeutig die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen, sozialen Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft.

Was ist Fundamentalkritik? Die Auflösung des Euro-Raumes vielleicht? Über das Geldsystem allgemein dürfen wir uns auch keine Gedanken mehr machen?

Bekanntnis zur parlamentarischen Demokratie

Die AfD fordert die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild. Aber direkte Demokratie muss sich auf Schlüsselentscheidungen beschränken. Die parlamentarische Demokratie bleibt unverzichtbar.

Hat irgendetwas eine tägliche Volksabstimmung oder die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie gefordert? Funktioniert unsere parlamentarische Demokratie, wie sie sollte?

Bekanntnis zu sachorientierter Politik

Die zunehmende Lähmung des politischen Diskurses durch ungeschriebene Regeln der ‚political correctness‘ lehnen wir entschieden ab. Das ist aber kein Freibrief für pöbelhaftes Benehmen oder beleidigende Äußerungen. Unsere Kritik muss der Sache dienen. Bei Kritik an Personen wahren wir Anstand und Respekt.

Sehr richtig und wünschenswert, aber kann ein solch banaler Satz wie letzterer Gegenstand eines Mitgliederentscheids sein? Wer kontrolliert dann die Umsetzung später?

Ist die Veröffentlichung eines Untersuchungsberichtes (inkl. sehr privater Inhalte) zur Causa Pretzell auf der AfD-Bundesseite anständig und respektvoll?

Die AfD will die deutsche Politik mitgestalten und dadurch verändern.

Das hoffen wir doch alle!

Die AfD unterhält keine Kontakte zu Vertretern der sogenannten Neuen Rechten, der sogenannten identitären Bewegung oder zu Organisationen im Dunstkreis des Rechtsradikalismus. In diesen Kreisen wächst Gedankengut, das mit den Grundüberzeugungen der AfD unvereinbar ist, so dass jeder Kontakt der Partei und ihrem Ansehen schaden würde.

Wer definiert „Neue Rechte“ und den „Dunstkreis“? Wir importieren jetzt die Antifa-Kampfrhetorik in unsere Partei?

Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit Parteien ab, die europafeindliche oder ausländerfeindliche Positionen vertreten. Dazu zählen zum Beispiel der französische Front National (Le Pen) und die niederländische Partij voor de Vrijheid [Wilders].

Aber wir würden mit Frau Le Pen wenigstens sprechen, wenn sie franz. Präsidentin wäre, oder?

Deutschland in Europa und der Welt

Wir bejahen die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO und in der EU. Wir treten allen Versuchen entgegen, die sich daraus ergebenden Souveränitätseinschränkungen Deutschlands zum Anlass zu nehmen, offen oder verdeckt den Austritt Deutschlands aus der NATO oder aus der EU zu fordern.

Zur NATO:

Ist die NATO noch ein reines Verteidigungsbündnis? Sehen wir hier keine Kritikpunkte?

Vielleicht sollte man zumindest eine Volksabstimmung über einen evtl. Bündnisfall fordern, ansonsten könnten deutsche Soldaten bald in der Ukraine gegen Russland kämpfen?

Wie stehen wir zur deutschen Beteiligung am völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg (s. **HIER**)?

Zur EU / Souveränität:

In unserem Europawahlprogramm hieß es noch:

“Die Alternative für Deutschland (AfD) will eine Europäische Union (EU) souveräner Staaten.”

„...Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgegorenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa. ...“

“... Wenn aber Union und SPD aus Angst vor dem Wählerwillen den Wählerwillen zu erfüllen beginnen, dann kann Europa das werden, was es schon längst sein müsste: Ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit bietet.”

“ ... Die AfD setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen.”

Wo war in den Leitlinien oder im Europawahlprogramm bisher davon die Rede, dass wir Souveränitätsbeschränkungen akzeptieren wollen?

Wir wollen Frieden und Freundschaft mit Russland, ohne dabei die Westbindung Deutschlands in Frage zu stellen. Wir akzeptieren das Sicherheitsbedürfnis Russlands, erwarten aber auch, dass Russland das Völkerrecht achtet und Konflikte ausschließlich friedlich löst. Dasselbe erwarten wir von den USA und allen unseren Bündnispartnern.

Welche Konsequenzen ziehen wir, wenn die Erwartungen nicht erfüllt werden?

Wir setzen uns für das Wohl des deutschen Volkes und für die Interessen Deutschlands in der Welt ein. Die AfD lehnt es aber entschieden ab, sich mit überhöhten „vaterländischen“ Attributen zu schmücken.

Was sind "überhöht vaterländische Attribute" und wer definiert diese?

Deutsche Politik muss nationale Interessen vertreten. Doch müssen wir uns auch heute noch der nachvollziehbaren Empfindlichkeiten in anderen Ländern wegen der im Dritten Reich begangenen Verbrechen bewusst sein. Ein markig zur Schau gestellter deutscher Patriotismus ist der wünschenswerten Völkerverständigung nicht zuträglich. Er erschwert die Durchsetzung unserer nationalen Interessen.

Was ist "markig zur Schau gestellter deutscher Patriotismus" und wer definiert diesen?

Warum reduzieren wir unsere mehr als 1000 jährige Geschichte auf die Jahre 1933 bis 1945?

Marktwirtschaft und TTIP

Wir bejahen die Soziale Marktwirtschaft und den freien Handel. Handelsabkommen wie TTIP sind für uns nur dann akzeptabel, wenn unsere Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards gewahrt bleiben und wenn das Recht des Staates, dem Allgemeinwohl dienende Gesetze zu erlassen, nicht vor Schiedsgerichten angefochten werden kann.

In unserem Europawahlprogramm hieß es noch:

"Da die Verhandlungen intransparent und hinter verschlossenen Türen geführt werden, muss befürchtet werden, dass der Schutz der europäischen Qualitäts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht gewährleistet ist. Die Geheimhaltung widerspricht zudem unserem Verständnis einer mündigen Demokratie.

Unter diesen Umständen lehnt die AfD eine Beschlussfassung über das Freihandelsabkommen mit den USA ab."

Eine kleine, unauffällige Aufweichung?

Asyl und Einwanderung

Wir stehen uneingeschränkt zum Recht auf politisches Asyl, wenden uns aber entschieden gegen dessen weitverbreiteten Missbrauch. Vorhandene Gesetze und ergangene Urteile sind strikt und unverzüglich umzusetzen.

Angesichts der bedrohlichen demographischen Entwicklung anerkennt die AfD, dass Deutschland eine qualifizierte, sinnvoll gesteuerte Einwanderung braucht.

Die AfD lehnt es strikt ab, Einwanderung nach „völkischen“ Kriterien zu steuern. Herkunft oder Hautfarbe sind für die Frage der Einwanderung irrelevant. Stattdessen wollen wir eine Einwanderungspraxis, die sich an Bildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnissen, dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und einem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz orientiert.

Warum der „völkische“ Bezug? Das Wort hat einen negativen Beigeschmack. Muss man dies besonders herausstellen und von wem will man sich dadurch abgrenzen?

Ist Integration als Voraussetzung für eine Einbürgerung nicht erforderlich?

Ist jemand, der über Bildung, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung verfügt sowie sagt, er bekenne sich zum Grundgesetz, bereits integriert?

Religionsfreiheit und Islam

Wir setzen uns ein für die Werte der Aufklärung. Dazu zählt die Religionsfreiheit, die auch das Recht beinhaltet, sich in öffentlichen Gotteshäusern friedlich zum Gebet zu versammeln. Prediger müssen das Grundgesetz achten. Sie sollen aktiv gegen Extremisten Stellung beziehen.

Wir wenden uns entschieden gegen das demonstrative Tragen des Kopftuches im öffentlichen Dienst und in Schulen. Wer unserem Staat dient, darf grundlegende Werte unserer Gesellschaft wie die Gleichberechtigung der Frau nicht durch seine Kleidung in Frage stellen.

Ist das Tragen eines Kopftuches die zentrale Frage im Umgang mit dem Islam?

Stellt ein (evtl. freiwillig getragenes) Kopftuch die Gleichberechtigung der Frau in Frage?

Wie trägt man ein Kopftuch „demonstrativ“?

An dieser Stelle wäre stattdessen ein Hinweis hilfreich, dass die Scharia und das Grundgesetz unvereinbar sind und Parallelgesellschaften abgelehnt werden?

Pegida ist für uns weder Verbündeter noch Kooperationspartner. Wir nehmen aber die Sorgen auch von Bürgern, die bei Pegida demonstrieren, ernst und beteiligen uns nicht an Ausgrenzungsversuchen.

Wir wenden uns entschieden gegen den menschenverachtenden islamistischen Terrorismus und gegen alle, die ihm den Boden bereiten. Dessen Schreckenstaten wollen wir jedoch nicht dem Islam allgemein anlasten.“

Kein Wort zur politischen Dimension des Islam, d.h. der fehlenden Trennung von Staat und Religion?

FAZIT:

Diesem Mitgliederentscheid kann man aus o.g. Gründen nicht zustimmen. Er stellt den Versuch dar, ohne Not eine Richtungsentscheidung in der AfD zu erzwingen und die Programmdiskussion /-abstimmung vorwegzunehmen und auszuhebeln.

Wenn man ein ehrliches Meinungsbild der Mitglieder einholen möchte, gäbe es auch andere Möglichkeiten. So hat der Landesvorstand der AfD Niedersachsen im Februar 2015 eine Mitgliederumfrage durchgeführt, bei der die Mitglieder politische Statements zu beliebigen Themen online eingeben konnten. Es wurden gut 4600 Statements eingebracht. Aufgabe des neuen Landesvorstandes ist es nun, diese Statements von den Landesfachausschüssen bearbeiten zu lassen, um

aussagekräftige, detaillierte Fragen zu erarbeiten, die den Mitgliedern in einer zweiten Umfrage vorgelegt werden. Auf diese Weise wäre es möglich, ein qualifiziertes Meinungsbild der Mitglieder zu erhalten, welches den Fachausschüssen wertvolle Hinweise geben könnte, ob ihre erarbeiteten Positionen einen Rückhalt in der Basis finden werden oder ggf. noch diskutiert bzw. überarbeitet werden müssen.

Astrid zum Felde, 24.4.2015